

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig und des Stadtrates zu Zwenkau bestellbarste bestimmte Blatt, außerdem enthält die Leipziger Volkszeitung die amtlichen Bekanntmachungen der Städte Markranstädt, Pöggau, Taucha und noch verschiedener Landgemeinden

Wesungspreis mit illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einsch. Bringerlohn 1.80, für Selbstabholer 1.70 M. — Durch die Post bezogen 2.— M. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Volksredaktion:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72208. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 72208

Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonelle 35 Pfg., Familiennachrichten von Privaten mit 50% Nachsch. Stellenangebote 10 gelp. Kolonelle 25 Pfg. Kleine Anzeigen: Ueberschriftswort 20 Pfg., Textwort 10 Pfg. Reklamezeile 2 M. Inzerate v. auswärts: die 10gepalt. Kolonelle 40 Pfg. Reklamezeile 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Schwerer Konflikt in Indien

Die kommunistische Streikaktion im Ruhrgebiet völlig wirkungslos
Das mitteldeutsche Braunkohlensyndikat durch Notverordnung aufgelöst

Protest der englischen Arbeiterpartei

Gandhi verhaftet

SPD. London, 4. Januar.

Der indische Nationalistenführer Gandhi ist am Sonntag verhaftet worden. Der Konflikt zwischen Bevölkerung und Regierung hat damit eine neue Verschärfung erfahren, deren Auswirkung bisher nicht abzusehen ist.

Die Verhaftung Gandhis ist in erster Linie auf den Beschluß der indischen Kongresspartei zum Boykott aller englischen Waren und zur passiven Resistenz gegenüber den Anordnungen der indischen Regierung zurückzuführen. Der Beschluß bezweckt u. a. auch, England nach dem Scheitern der Konferenz am Kunden Tisch zur Beschleunigung der von Macdonald angekündigten Verfassungsreform zu veranlassen. Der indische Vizekönig Lord Willington hat jedoch den ihm von der Kongresspartei hingeworfenen Fehdehandschuh ausgenommen und in Uebereinstimmung mit der englischen Regierung jede Unterredung mit Gandhi über die Maßnahmen seiner Regierung zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung

abgelehnt. Er glaubte sich zu dieser Haltung um so mehr berechtigt, als die englische Regierung in letzter Zeit wiederholt hat erklären lassen, daß die Verfassungsreform beschleunigt durchgeführt wird und daß nach seiner Auffassung keine Regierung es zulassen kann, daß man ihr Bedingungen durch eine Drohung aufzwänge.

Angesichts der Verhaftung Gandhis rechnet man in allen größeren Städten Indiens bereits für heute mit Demonstrationen und der sofortigen Durchführung der Boykottbeschlüsse.

Arbeiterpartei gegen den Vizekönig

WPA. London, 2. Januar.

Der Führer der oppositionellen Arbeiterpartei, Lapsbury, sandte an den Vizekönig von Indien ein Telegramm, in dem er sagt: „Viele Parteifreunde sind durch Ihre Weigerung, mit Gandhi die letzten Verordnungen zu erörtern, sehr beunruhigt worden. Nachdem Gandhi sich öffentlich zu einer friedlichen Zusammenarbeit bereit erklärt hat, sollten seine Meinung und sein guter Wille in allen Fragen berücksichtigt werden.“

Lausanne

Die nächste Reparationskonferenz

Es scheint festzustehen, daß die Reparationskonferenz der Regierungvertreter am 18. Januar in Lausanne beginnt. Die Regierungen haben auf den englischen Vorschlag zustimmend geantwortet, obwohl schon über den Termin und auch über den Ort der Konferenz Meinungsverschiedenheiten bestanden. Die Minister der beteiligten Länder sollen in Lausanne aus dem Baseler Gutachten der Reparationsfachverständigen die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen. Nach der Feststellung, daß Deutschland nach Ablauf des Hoover-Moratoriums am 30. Juni 1932 die Reparationszahlungen nicht wieder aufnehmen kann, muß die Verständigung über einen weiteren Ausschub der Zahlungen oder über eine Revision des gesamten Youngplans gefunden werden. Die Bedeutung dieser Konferenz für die wirtschaftliche Entwicklung und für die politischen Beziehungen der europäischen Staaten darf nicht unterschätzt werden. Es ist kein Zweifel, daß ihre Verhandlungen auf die am 2. Februar beginnende Abrüstungskonferenz hinüberwirken werden. Wer trotz der ungünstigen Umstände und obwohl nur ganz geringe Aussichten für ein Gelingen der Abrüstungsbestrebungen zu sehen sind, ehrlich für sie arbeiten will, muß auf das Ernsteste für eine Verständigung auf der Reparationskonferenz bemüht sein.

Der „Generalstreik“ im Ruhrgebiet

„Einige kleine Störungen“

SPD Düsseldorf, 2. Januar.

Die Regierungspressstelle in Düsseldorf teilt zu den bisherigen Auswirkungen der kommunistischen Generalstreikparole folgendes mit:

„Durch die Zeitungen und in der Bevölkerung werden Nachrichten über größere Ausschüsse und Streikabsichten der Kommunisten verbreitet, die unnötige Beunruhigung hervorgerufen haben. Zwar haben die Kommunisten entsprechende Parolen ausgegeben, die zuständigen Behörden haben aber rechtzeitig Vorbeugungsmaßnahmen treffen können, um die Durchführung größerer Aktionen zu verhindern. Der Sonnabendmorgen und der Montagmorgen waren als Beginn von Sabotageakten und Streiks angelegt. Es sind am Sonnabend früh tatsächlich einige kleinere Störungen versucht worden, so in Essen bei einem Depot der Straßenbahn.“

Auf der Zeche Bergmannsglück, im Ruhrgebiet, streikten am Sonnabend von 940 Mann der Morgenschicht 382. Auf den Pottbergschächten der Zeche Rheinpreußen sind von 425 Arbeitern 192 nicht eingezogen. In Mülheim a. d. Ruhr versuchten linksradikale Elemente die Arbeitswilligen am Betreten ihrer Arbeitsstätte zu verhindern. Die Polizei nahm 100 Personen fest. Sie hatten zum Teil Flugblätter aufrührerischen Inhalts, Pfeffer sowie Hieb- und Stichwaffen in ihrem Besitz.

KPD-Abgeordneter verhaftet

SPD. Bochum, 4. Januar.

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Walter Franz aus Berlin wurde am Sonntag wegen Verstoßes gegen das Versammlungsverbot auf frischer Tat verhaftet und ins Gefängnis eingeliefert. Außer ihm wurden noch drei andere Kommunisten festgenommen.

Die NSD-Betriebsräte arbeiten

SPD Köln a. Rh., 4. Januar.

Im linksrheinischen Braunkohlensyndikat ist die Generalstreikparole der Kommunisten vollständig verpufft. Heute morgen waren einzelne Anmarschwege zu den Gruben von Anhängern der kommunistischen Partei in Trupps von 6 bis 15 Mann besetzt. Unter ihnen befand sich ein Teil Erwerbsloser. Man versuchte, die Arbeiter von der Arbeit fernzuhalten, indem man ihnen erklärte, daß Generalstreik sei und die Tore geschlossen wären. Die Bergarbeiter gingen jedoch zur Arbeit. Die Betriebsratsmitglieder der NSD. ließen sich zwar scheinbar abhalten, erschienen aber auf Umwegen an der Arbeitsstätte. Keiner von ihnen fehlte, selbst ihr Führer ist zur Arbeit erschienen.

Terrorakte

U. Essen, 4. Januar.

Am Montagmorgen wurde in der Moltkestraße in Essen ein Personenzug der Straßenbahn dadurch zum Stehen gebracht, daß die Weiche mit Steinen unbesetzt gemacht worden war. Die das Hindernis beseitigenden Straßenbahner sahen sich plötzlich sieben Männern gegenüber, die sie mit vorgehaltenen Revolvern zum Streik aufforderten. Der Wagen fuhr daraufhin zum Hauptbahnhof zurück und alarmierte die Polizei. Beim Eintreffen des Ueberfallkommandos waren jedoch die Streikheer bereits verschwunden.

Die Polizei hat jetzt besondere Maßnahmen getroffen, um einen störungsfreien Verkehr zu gewährleisten. Auf den meisten Straßenbahnwagen sind Kriminal- oder Schutzpolizisten postiert. Gegen 4.40 Uhr wurde auf einen Straßenbahnwagen der Linie 20 auf der Märkischen Straße ein Pfisterstein geschleudert, der zum Glück nicht in eine Fenster Scheibe traf. Einer von den auf dem Wagen befindlichen Polizeibeamten gab sofort auf den flüchtenden Täter einen Schreckschuß ab. Der Täter konnte jedoch in der Dunkelheit entkommen.

Während am Sonnabend auf allen Schichtanlagen in Groß-Dortmund die Frühlicht eingeschaltet ist und keinerlei Störungsversuche zu verzeichnen waren, kam es am Sonntagmorgen vor dem Eingang des Eisenwerkes Dortmund Union zu kleineren Zwischenfällen. Hier hatten sich etwa 40 Kommunisten eingefunden, die die vom Eisenwerk kommenden Arbeiter besätigen und beschimpften. Einschreitende Polizeibeamten wurden ebenfalls von der Menge beschimpft und bedroht. Als die Beamten mit dem Gummiknüppel vorgingen, hob die Menge auseinander. Weitere Störungsversuche sind im Dortmunder Bezirk am Sonntag nicht zu verzeichnen gewesen.

Dr. Brüning wieder in Berlin. Reichskanzler Dr. Brüning ist im Laufe des heutigen Sonntagabends von seinem kurzen Weihnachtsturlaub wieder nach Berlin zurückgekehrt.

Herr Werner hat das Wort

Das Verfahren gegen die Bogheimer eingestellt?

SPD. Aus Hessen wird von nationalsozialistischer Seite gemeldet, daß das vom Reichsgericht gegen den Verfasser der Bogheimer Dokumente, Dr. Best, eingeleitete Verfahren inzwischen eingestellt worden sei. Eine Bestätigung dieser Nachricht liegt bis jetzt nicht vor. Sie klingt jedoch angesichts der Einstellung des Oberreichsanwalts zu der ganzen Affäre nicht unwahrscheinlich. Die Öffentlichkeit hat ein dringendes Interesse daran, daß der Sachverhalt schnellstens klargestellt wird.

Der 18. Januar ist für die Nationalisten und die neuen Militaristen in Deutschland der Erinnerungstag an die 1871 erfolgte Proklamierung des Deutschen Reiches und die Ausrufung des preussischen Königs zum Kaiser von Deutschland. Seit dreizehn Jahren müssen die deutschen Spießer diesen Tag ohne lärmvolle Kundgebungen feiern. Wenn ihnen endlich der 18. Januar 1932 die Einsicht in die Unmöglichkeit des monarchistischen Systems und in die besondere Gefährlichkeit seines Regierens über das deutsche Volk bringen würde! Denn wenn jetzt nach mehr als dreizehn Jahren seit dem Ende des Krieges sich noch immer Reparationskonferenzen notwendig machen, so nur deshalb, weil die Katastrophen- und Gewaltpolitik des monarchistischen Deutschlands dem Volke so schwere Verpflichtungen aufgedrückt hat, daß sie nur durch zähe Beweise des vollständigen Bruches mit dem alten Regierungssystem gemildert werden können. Aber wie schon früher ganze Schichten des Volkes der nationalistischen Verhegung gedankenlos gefolgt sind, und die weltpolitischen Hochsprünge Wilhelms II. und seiner Kabinette staunend begafft haben, so werden sie auch heute die Zusammenhänge zwischen den zweifellos schwer zu tragenden Verpflichtungen und der Schuld des alten militaristischen Deutschland nicht begreifen können oder nicht begreifen wollen. Schreien doch die nationalistischen Demagogen seit wenigstens zehn Jahren, daß für Friedensvertrag und Reparationsabkommen allein die Republik und die Sozialdemokratie verantwortlich zu machen seien. Die schändliche Verlogenheit steigt um Grade, je weiter rechts die Demagogen stehen und je weiter sie behaupten, daß Deutschland nicht an diese Verträge gebunden wäre, wenn die Sozialdemokratie sie nicht durch einen frivolen Verrat über das Volk verhängt hätte. Diese vom Haß gegen den Sozialismus gezeichneten Agitatoren, die nicht nur auf der äußersten Rechten anzutreffen sind, können wagen, so zu reden und zu schreiben, weil die Ereignisse seit 1918 sich so häufig überstürzt haben, daß auch Wichtiges von den Menschen nur allzu rasch vergessen wird. Wer weiß heute noch, daß der erste Versuch, der Deutschland machte, an Stelle der Erfüllungspolitik die nationalistischen Methoden zu erproben, von einer sozialistischen Reichsregierung im Jahre 1921 unternommen wurde, und schon damals zu einer Steigerung der Lasten und zur militaristischen Befehung von Rheinlandstädten führten, die bis dahin vom fremden Militär unberührt geblieben waren? Muß man wieder an den anderen gleichen Versuch erinnern, den die berüchtigt gewordene Regierung der „Wirtschaftler“ unter Führung des Generaldirektors der Hamburg-Amerika-Linie, des Reichskanzlers Cuno, am Ende des Jahres 1922 unternahm? Entgegen aller wirtschaftlichen Vernunft wurde die Ausführung des Londoner Abkommens, es handelte sich um geringe Mengen von Kohlen und um Telegraphenstangen, sabotiert — die Nationalisten in der Industrie und in der